

Sachantrag

der Liste „INTERNATIONALER JUGENDVEREIN (IJV)“

Gegen die Einschränkung demokratischer Rechte an unseren Hochschulen!

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Nach der aktuellen Bodenoffensive der israelischen Regierung auf Rafah hat sich eine neue Eskalationsstufe im Krieg Israels gegen Gaza entfaltet. Durch die Waffenlieferungen der USA, Frankreichs und Deutschlands dauern die Bombardierungen im Gazastreifen seit über einem halben Jahr an und täglich sterben unschuldige Zivilisten durch die bereitgestellten Kriegswaffen für die israelische Regierung. Hohe zivile Opferzahlen, hauptsächlich Frauen und Kinder, sind die Folge. Die israelische Regierung steht mittlerweile unter internationaler Kritik und Aufrufe zu Waffenstillständen häufen sich – sei es durch Proteste in Israel, die ein Ende der Bombardierung und die Rückkehr der Geiseln fordern oder an Hochschulen überall auf der Welt, wo sich eine Bewegung für den Waffenstillstand gebildet hat.

Aber Deutschland hat andere Pläne. Deutschland zählt zu den stärksten Unterstützern der israelischen Regierung durch immer mehr Waffen. Die bedingungslose Solidarität mit der israelischen Regierung ist Teil der Staatsräson und die Waffenlieferungen werden mit ihr argumentiert und gerechtfertigt.

Durch Einschränkungen von jeglichem Protest gegen den Krieg Israels wird die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Besonders junge, migrantische Menschen sehen sich einem Generalverdacht ausgesetzt, wenn sie ihre Solidarität mit den vom Krieg Betroffenen äußern. Und auch auf die Hochschulen wirkt sich all das aus. Zum Beispiel wurde in Berlin die Möglichkeit der Zwangsexmatrikulation aus politischen Gründen ins Spiel gebracht, wogegen sich die Allgemeinen Studierendenausschüsse der Freien Universität (<https://astafu.de/node/595>) und der Humboldt-Universität (<https://www.refrat.de/article/PMOrdnungsrecht.html>) ausgesprochen haben. Seit Anfang Juni steht zudem die Bildungsministerin Stark-Watzinger unter Druck, weil in ihrem Ministerium die Streichung von Fördermitteln für Wissenschaftler diskutiert wurde, die einen kritischen Brief unterzeichneten – ein massiver Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit. Und auch an unserer Universität sehen wir verstärkte Polizeipräsenz in Zusammenhang mit den Protesten.

Als Studierendenparlament der Universität Hamburg setzen wir uns dafür ein, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung, Freiheit der Wissenschaft sowie Versammlungsfreiheit, vor allem an den Universitäten, bestehen bleibt. Wir müssen gewährleisten, dass Organisationen und Gruppierungen auch für Veranstaltungen, die die Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung ausdrücken, Räumlichkeiten an der Universität nutzen können. Wir können die Polizeipräsenz auf dem Campus nicht tolerieren, die unverhältnismäßig oft bestellt wird, um die friedlichen Palästina-Veranstaltungen zu kontrollieren. Wir Studierende haben ein Recht, uns für Frieden auszusprechen und setzen uns dafür ein, dass alle Kräfte, die sich für ein Ende des Krieges, einen

gerechten Frieden im Nahen Osten und das friedliche Zusammenleben von Palästinensern und Juden in Israel und überall auf der Welt einsetzen, dies auch an unserer Hochschule tun können.